



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Neugestaltung der Politik am Stillen Ozean

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Neugestaltung der Politik am Stillen Ozean



as heutzutage die Völker bewegt, ist nicht so sehr der Streit um Grenzländer der Heimat als vielmehr um den von Kulturvölkern noch wenig oder gar nicht besiedelten Teil des Erdballs und um den Handel mit den dichtbevölkerten Ländern der Halbkultur. Schaut man auf Europa allein, so schrumpfen die Zwietrachtsäpfel sichtbar zusammen. Frankreich gewöhnt sich allmählich an den Verlust Elsaß-Lothringens. Triest und Trentino scheinen den Italienern doch immer weniger als ein ausreichendes Ziel, um dessentwegen man Krieg führen sollte. Sogar die Balkanhalbinsel verliert ihren Rang als Wetterwinkel für Europa, denn Rußland hat schon vor dem Kriege auf Eroberungspolitik im türkischen Reiche verzichtet und kann jetzt noch viel weniger daran denken. Österreich-Ungarn und Italien scheinen sich immer mehr zu der Politik zu bekehren, daß es am ratsamsten ist, wenn sie beide die Hand davon lassen.

Aber in den fremden Weltteilen sieht es noch nicht so günstig aus. England beunruhigt sich um die Sicherheit seines Weltreichs und kann vor Sorge um Deutschlands Seemacht nicht schlafen. Um ein Bündnis mit Frankreich und mit ihm einen kontinentalen Beistand zu erlangen, hat es in Marokko, Neufundland, Madagaskar und Siam Zugeständnisse gemacht, an die es früher niemals gedacht hätte. Ebenso hat es den Nordamerikanern in bezug auf die Alaskagrenze und den großen mittelamerikanischen Kanal alles bewilligt, was sie wollten. Mit Japan hat es das Bündnis geschlossen, auf das wir noch mehrfach zurückzukommen haben. Mit Rußland ist es in Unterhandlungen getreten, deren Zweck eine Beilegung aller Streitigkeiten über Asien ist. Wenn diese auch noch nicht beendet sind, so ist es doch gewiß, daß sie die Auslöschung von gefahrdrohenden Feuerherden zum Zweck haben; sogar mit Opfern will England aus möglichst vielen Verwicklungen heraus, um für die etwa übrigbleibenden freie Hand zu haben.

Über Marokko ist eine Verständigung erreicht worden, soweit sie zwischen den zivilisierten Mächten möglich war. Der Gegensatz ist dadurch beschwichtigt,

daß das Land der willkürlichen Verfügung durch zwei Einzelmächte entzogen und in aller Förmlichkeit dem europäisch-amerikanischen Kreopag unterstellt worden ist. Leider erfüllt das Land selbst bis jetzt nicht die darauf gesetzten Hoffnungen. Statt daß sich das Volk um seinen Sultan schare, um in Gemeinschaft mit diesem die letzte Gelegenheit zur Sicherung seiner Selbständigkeit wahrzunehmen, ergibt es sich der Anarchie. Die Eiferucht seiner Großen, die Feindseligkeit seiner Stämme schaffen die Gefahr eines neuen Brandes, einer neuen Einmischung des Auslandes.

Neue Probleme entstehen in Amerika. Die Monroelehre wird heutzutage von keiner fremden Macht mehr angefochten. Die Monroelehre ist nur politisch. Emporge sproßt sind aus ihr verschiedene andre Doktrinen, der politische, der wirtschaftliche Panamerikanismus und die Calvolehre. Diese letzte ist von Argentinien ausgegangen; sie will, daß die Anwendung von Gewalt durch ausländische Staaten nicht mehr für zulässig gelten soll, sofern es sich um die Eintreibung wirtschaftlicher Forderungen handelt. Konkret gesprochen: sie will Europa verbieten, die süd- und die mittelamerikanischen Republiken zu zwingen, übernommene wirtschaftliche Verbindlichkeiten (zum Beispiel Rechtsgleichheit, Bürgschaften) zu erfüllen. Das geschehe nicht, wenn es sich um starke Staaten oder auch nur um europäische Kleinstaaten handle. Wie könne man den schwächern amerikanischen Republiken zumuten, sich eine solche Einmischung in ihre Souveränitätsrechte gefallen zu lassen? Die Vereinigten Staaten befürworteten dies nicht. Sie haben mit Mühe auf dem Panamerikanischen Kongreß vom Juli 1906 erreicht, daß die Frage dem internationalen Schiedsgericht im Haag überwiesen werde. Politischer Panamerikanismus ist zurzeit nicht ernsthaft zu nehmen. Präsident Roosevelt und seine Staatssekretäre haben mit aller Verbindlichkeit und zugleich mit aller Klarheit die Gründe anerkannt, die eine politische Oberherrlichkeit der Vereinigten Staaten über süd- und mittelamerikanische Republiken rundweg verbieten. In der Tat, man braucht nur an die ungeheuern Areale zu erinnern, um die es sich handelt, auf die gänzlich verschiedene Volksnatur des aus indianischem und spanisch-portugiesischem (hauptsächlich indianischem) und endlich aus Negerblut entstandenen Kreolentums zu verweisen, um eine Regierung ganz Amerikas von Washington aus für ein Abenteuer zu halten, dessen sich besonnene amerikanische Politiker niemals schuldig machen werden.

Aber der wirtschaftliche Panamerikanismus kann gar nicht in Abrede gestellt werden, er ist wieder zu einem Teil der offiziellen Politik der Vereinigten Staaten geworden. Er hatte längere Zeit geruht. Als der Republikaner Harrison Bundespräsident war und Blaine sein Staatssekretär, 1888 bis 1892, hatte er sich in einer ganzen Anzahl sogenannter Reziprozitätsverträge verkörpert, in denen sich die Vereinigten Staaten mit andern Republiken gegenseitig Zollvorteile einräumten. Sie sind nachher zum größten Teil wieder erloschen, teils weil die andern Staaten eingesehen haben, daß sie keinen Gewinn

dabei machten, teils weil die nachfolgende demokratische Verwaltung Clevelands die Sache durchaus nicht begünstigte. Europa kauft eben von allen süd- und mittelamerikanischen Erzeugnissen ganz bedeutend mehr als die Vereinigten Staaten. Überdies stehen die Produkte Süd- und Mittelamerikas mit Ausnahme von Zucker kaum in irgendwelcher Konkurrenz zu Europa, die Bevorzugung kann ihnen also nichts nützen. Endlich müssen die kleinern Staaten die im Zoll begünstigten nordamerikanischen Waren gerade so teuer bezahlen wie die europäischen. Den Vorteil hat also nicht der südamerikanische Verbraucher sondern der nordamerikanische Lieferant, die Zollkassen der südlichen Länder aber haben einen empfindlichen Ausfall, den die Bürger auf andre Art decken müssen. Damit ging der erste Abschnitt des wirtschaftlichen Panamerikanismus negativ zu Ende. In der letzten Zeit hat der zweite begonnen. Man hat Kuba unter die Flügel genommen und mit ihm wieder einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen. Die Sache wurde für so ernst gehalten, daß innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten angenommen wurde, es werde nach der jüngsten kubanischen Revolution die Annexion kommen. Zum politischen Panamerikanismus will jedoch Präsident Roosevelt nicht den ersten Schritt tun.

Imperialismus und Expansion werden für andre Dinge gehalten. Die Ausdehnung des politischen und des wirtschaftlichen Prestiges werden als nationale Notwendigkeiten betrachtet. Deshalb nimmt man den Faden der Gegenseitigkeitsverträge wieder auf. Staatssekretär Root ist nach Rio de Janeiro zum Panamerikanischen Kongreß gereist und scheint dort sehr im Sinne der Annäherung aller amerikanischen Länder gewirkt zu haben. Gegenseitige Zollermäßigungen standen nicht auf der Tagesordnung. Durch private Verhandlungen hat Staatssekretär Root aber zwei neue Verträge dieser Art fertig gebracht, einen mit Brasilien und einen mit Ecuador. Der letzte gelang ihm auf der Rückreise von Rio de Janeiro, die er über Montevideo und Buenos Aires und dann an der ganzen Westküste entlang einschlug. Ob das nun Panamerikanismus heißt oder nicht, es gehört zu der wirtschaftlichen Richtung dieses Systems.

Der wichtigste Akt des Imperialismus war die Annexion der Philippinen. Er hat den Amerikanern nicht viel Freude gemacht. Die Tagalen sind ein in der Zivilisation schon weit fortgeschrittenes Volk. Sie wollen sich die Fremdherrschaft nicht gefallen lassen und fügen sich nur widerwillig dem äußersten Druck. Bei ihrer Volkszahl von 7 Millionen glauben sie sich zu der Hoffnung berechtigt, daß sie ihre Freiheit wieder erringen, sobald sie Beistand erlangen, oder sobald die Vereinigten Staaten in eine auswärtige Verwicklung geraten. Die Härte des Auftretens gegen sie hat in den Vereinigten Staaten selbst viel böses Blut gemacht. Die Gegner des Imperialismus, die Demokraten, machen Propaganda, indem sie die Grausamkeiten schildern; und sie haben bei der letzten Wahl an Terrain gewonnen. Der Zweck dieser Annexion war zunächst

der, ein neues Absatzgebiet zu gewinnen, wo man die europäische Konkurrenz durch Zölle fernhalten könne, und sodann, sich einen Fußpunkt zum Eingreifen in die ostasiatischen Angelegenheiten zu schaffen. Die Imperialisten in den Vereinigten Staaten schauen auf den Stillen Ozean als auf ein Meer, auf das sie ein besonderes Vorrecht haben, weil sie allein von allen Völkern kaukasischer Rasse unmittelbar an diese riesige Wasserwüste grenzen, alle andern Länder nur durch ganz detachierte Kolonien. Sie sehen Ostasien als vor ihrer Tür liegend an wie die Franzosen ganz Nordafrika und womöglich auch Kleinasien und Syrien. Sie wollen sich, wenn es irgend angeht, auch dort Vorzugsmärkte schaffen, auf denen sie Europa aus dem Felde schlagen können.

Da ist nun aber durch das Auftauchen Japans als konkurrenzfähiges Industrieland und als Großmacht eine Verschiebung in die Dinge gekommen, die gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Vor dem ostasiatischen Kriege fürchteten die Vereinigten Staaten und mit ihnen England und namentlich Australien die Russen. Man sah in Wladiwostok ein gefährliches Ausfallstor und in der südsibirischen Eisenbahn das Mittel, China in Schach zu halten und es dem Willen Rußlands dienstbar zu machen. Man schätzte Japan als einen Wächter an Ostasiens Küsten gegen Rußlands Vordringen. Es kam ganz anders. Der Sieg Japans zerschlug die russischen Pläne und machte aus dem Inselreich die erste pazifische Großmacht. England und die Vereinigten Staaten zogen sehr verschiedene Konsequenzen aus der Sache. England erneuerte und erweiterte das zuvor schon ad hoc geschlossene Bündnis zu einem allgemeinen, die Vereinigten Staaten sahen sich zu großer Wachsamkeit genötigt. Amerika hatte zu einer Veränderung seiner offiziellen Politik keine Veranlassung. Vielmehr markierte es äußerlich nach wie vor ausgesprochen das unveränderte Wohlwollen. Aber was die Staatsmänner in Washington flug verhüllen, das verraten die populären Stimmen in der Presse und das Verhalten des Staats Kalifornien. Es ist mit einemmal ein ausgesprochenes Mißtrauen gegen den neuen Konkurrenten und der feste Entschluß, ihn in seinen Schranken zu halten, eingetreten.

Bisher war Japan kein Expansionsland. Durch die Erwerbung von Formosa und später von Korea ist es eins geworden. Seine kluge Politik hinsichtlich der Mandchurei zeigt, daß es noch lange nicht damit am Ende ist. Japan hat auf 382400 Quadratkilometern ohne Formosa und Korea 43760000 Einwohner und ist damit dichter bevölkert als Deutschland; es hat 114 Einwohner auf den Quadratkilometer, Deutschland nur 104. Das Inselreich ist zwar in seinen Hauptbestandteilen ganz fruchtbar, und das Volk ist anspruchslos. Doch können seine zahlreichen Bewohner nur recht armselig darauf leben. Japan verfolgt nun ganz folgerichtig eine doppelte Politik: es will sich eine Ausführindustrie verschaffen und Raum für seine Auswanderung gewinnen. Seine Industrie kommt empor auf Grund erbärmlicher Arbeitslöhne und grausamer Ausbeutung der Arbeitskraft. Absatz im Inlande allein tut es nicht,

denn wenn man die Handelsbilanz verbessern will, muß man Absatz nach außen haben. Es sucht auch bevorzugte Märkte, auf denen es nicht der vollen Kraft der europäisch-amerikanischen Industrie ausgesetzt ist. In China, um das es sich vor allem dreht, genießt es schon den Vorteil der geringen Entfernung. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß es sich in nicht langer Zeit auf irgendeine Weise Vorteile im Zollwesen zu verschaffen suchen wird. Damit tritt es nicht allein den Vereinigten Staaten entgegen, sondern auch ganz Europa, nur empfindet Amerika das stärker, weil es die Sache so ansieht, als ob Ostasien sozusagen vor seiner Tür liege.

Noch viel schärfer spricht sich der Gegensatz gerade zu den Vereinigten Staaten in der Auswanderungsfrage aus. Nach Europa kommen doch immer nur so wenige Japaner, daß man sie kaum spürt, und daß niemand daran denkt, ihnen den Zutritt zu erschweren. In den Ländern des Stillen Ozeans fangen sie an, als Masseneinwanderer aufzutreten. Das in seine engen Grenzen eingeknürt gewesene japanische Volk verlangt nach Raum, Luft, Licht. Seit seinem Siege über eine europäische Großmacht ist dieses Gefühl aus einer stillen Sehnsucht zu einem kraftvollen Begehren geworden. Seine Intelligenzen können wohl nach China gehn und mit der dortigen billigen Arbeitskraft Geschäfte unternehmen. Die Volksmassen können eben wegen der Billigkeit der Arbeit in China nichts machen. Sie schauen auf die noch so wenig bevölkerten Länder an andern pazifischen Küsten, wo die Arbeit einen unerhörten Preis hat, auf die Vereinigten Staaten und Australien. Und eben hier weist man sie zurück. Hier will man die anspruchslosen Arbeiter nicht, die mit niedrigem Tagelohn zufrieden sind und deshalb den standard of life drücken. Australien verbietet rundweg allen Farbigen das Land. Chinesen, Inder, Neger, Japaner, Malaien, alle sind in derselben Verdammnis; es macht keinen Unterschied, ob die Ankömmlinge etwa aus dem mit England verbündeten Japan stammen oder aus einer britischen Kolonie. Japan erträgt das vorerst schweigend aber keineswegs zufrieden.

In den Vereinigten Staaten ist das Problem der Behandlung Farbiger so alt wie die Ankunft Weißer. Anfänglich hatte man mit den Indianern zu tun, doch diese sind nahezu ausgerottet. Dann hatte man mit dem Negertum zu schaffen, das sogar den Bürgerkrieg herbeiführte. Die Weißen in den Südstaaten verachteten die Neger; sie versagten ihnen die gewöhnlichsten Bürgerrechte, aber sie betrachteten die Sklaven als einen wertvollen Besitz. In den Nordstaaten wurden die Neger nicht geliebt; nicht aus Humanitätsgefühl für die schwarze Rasse hat man sie befreit, sondern weil man in der Sklavenarbeit einen unlauteren Wettbewerb mit der freien Arbeit der Weißen sah. Die sonstigen Gegensätze, Freihandel und Schutz Zoll, kommen für uns nicht in Betracht. Nach Aufhebung der Sklaverei hat der Neger noch lange nicht die vollen Bürgerrechte erlangt. Auch im Norden, wo er nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmacht, darf er sich in den für Weiße bestimmten Hotels, Restaurants,

Theatern nicht sehen lassen; für ihn sind besondere Etablissements da, auch besondere Waggons auf Eisenbahnen und Straßenbahnen. In Staaten, wo das schwarze Element stark ist, darf der Neger nicht wagen, sich in der Nähe von Wahlurnen sehen zu lassen, wenn er nicht Bekanntschaft mit guten Pflanzerbüchsen machen will. Dem Amerikaner liegt nun einmal die Abneigung gegen die schwarze Rasse tief im Blut. Es ist die untergeordnete, verachtete, genügsame Rasse, die ihm im Wege ist, obgleich er sich sagt, daß er sie gar nicht entbehren kann. Wäre die Baumwollkultur auf weiße Arbeiter angewiesen, so müßte sie wirtschaftlich ein ganz anderes Gesicht gewinnen; sie würde wahrscheinlich zugunsten anderer Länder aus den Vereinigten Staaten zum Teil auswandern. Die Negerbevölkerung vermehrt sich noch andauernd, obgleich die Zufuhr aus Afrika längst aufgehört hat. Die weiße Bevölkerung der Vereinigten Staaten hat von 1890 bis 1900 um 21,4 vom Hundert zugenommen, die schwarze nur um 18,1 vom Hundert. Der Zuwachs der Weißen fällt jedoch zu einem bedeutenden Teil auf die Einwanderung. In dem genannten Jahrzehnt hat diese 3844000 Personen betragen. Davon sind wenigstens 3700000 Weiße gewesen. Der Gesamtzuwachs der Weißen betrug 11824600 Personen. Bringt man davon die Eingewanderten in Abzug, so bleiben nur rund 8124000 Personen eigner Zuwachs der Weißen; das macht nur 14,7 vom Hundert, während die ganz auf die eignen Geburten angewiesene schwarze Bevölkerung 18,1 vom Hundert gewonnen hat. Außerdem ist ein sehr merkwürdiger Umstand hervorzuheben: die Kinderarmut der in Amerika gebornen Weißen. Die in Amerika gebornen Eltern hatten 1900 6538000 noch lebende Kinder. Zieht man von diesen die 1352000 Negerkinder ab, so bleiben nur noch 4187000 übrig, die immer noch nicht einmal ganz allein auf die weiße Bevölkerung fallen. Dagegen waren 1900 4172000 Personen am Leben, deren Eltern im Auslande geboren waren. Und zwar waren das der Natur der Sache nach ganz überwiegend Weiße. Man kann also mit unbedingter Sicherheit sagen, daß sich das Übergewicht der weißen Rasse nur durch die stetig andauernde Einwanderung erhält. Diese allein hat die Zahl 87,5 vom Hundert der Gesamtbevölkerung auf 87,8 vom Hundert gebracht. Die Neger machten 1890 mit 7489000 Personen 11,9 vom Hundert aus, 1900 mit 8841000 nur noch 11,6. Immerhin ist von je neun Nordamerikanern einer ein Neger oder ein Mulatte.

Wer will den Amerikanern verargen, daß sie dieses Verhältnis schwer empfinden? Der Zufuhr schwarzer Bevölkerung haben sie nun zwar einen Kiegel vorgeschoben. Nun aber ging die Einwanderung farbiger Elemente im fernen Westen von neuem an. Die Besiedlung Kaliforniens nahm von der Auffindung der großen Goldlager von 1848 an einen rapiden Charakter an. Für alle Zwecke wurden Arbeiter gebraucht. Die Weißen verließen alle Arbeitsstätten und gingen in die Minen. Man konnte nur Chinesen haben. Diese kamen in hellen Haufen, waren nützlich und doch lästig. Wegen ihrer Bedürfnislosigkeit, ihrer wohlfeilen, auch schlechten Arbeit, wegen ihrer Laster

(Opiumrauchen usw.), ihres Schmutzes wurden sie verachtet. Als sie zu zahlreich wurden, griff man zu allerlei Maßregeln, um die Zufuhr fernzuhalten. Man verbot die Ausfuhr von Leichen. Da es nun den Chinesen sehr unangenehm ist, nach ihrem Tode den in der Heimat üblichen Ahnenkult entbehren zu müssen, so hätte sie schon dieses ferngehalten. Doch verstanden sie sich bei Schiffsankünften auf den Personenaustausch, und so nahm ihre Zahl wenig ab, obgleich man wenig chinesische Leichen beerdigen konnte. Jetzt allerdings hat man schärfere Maßnahmen getroffen. Im Jahre 1890 zählte man im Bereich der Union noch 127 000 Chinesen, 1900 nur noch 119 000.

Die neueste Zeit hat nun das japanische Problem gebracht. Im Jahre 1890 zählte man nur 14 400 Japaner, eine Zahl, die bei Umfang und Bevölkerung der Vereinigten Staaten wirklich nichts ausmacht. 1900 war sie schon auf 86 000 gestiegen. Heute glaubt man sie auf 120 000 anschlagen zu dürfen. Wieder ist es der ferne Westen, das Küstengelände am Stillen Ozean, wo diese Asiaten am meisten andringen. Und zwar ist es vor allem die inzwischen amerikanisch gewordne Inselgruppe Hawaii, wo sich die Sache am schärfsten zuspitzt. Sie ist 16 784 Quadratkilometer groß, also noch 785 Quadratkilometer größer als die preussische Provinz Hessen-Nassau. Im Jahre 1890 hatte sie nur 90 000 Einwohner, worunter noch 40 000 Eingeborne waren, 1900 war die Zahl schon auf 154 000 gestiegen, worunter nur 29 800 Eingeborne und 7 800 Mischlinge waren. Der Hauptzuwachs fällt auf Chinesen (sie stiegen von 15 300 auf 25 700) und namentlich Japaner (62 100 gegen 12 360). Jetzt bilden Japaner und Chinesen schon die ausgesprochne Mehrheit. Diese Inseln könnten eine wesentlich größere Bevölkerung ernähren, denn ihr Klima ist gesund, der Boden ist fruchtbar und kann sogar in den trocknen Ebenen von den höhern Berglagen durch Kanäle her gut bewässert werden. Es wohnen jetzt etwa neun Seelen auf dem Quadratkilometer, das heißt weniger als der elfte Teil der Bevölkerungsdichtigkeit in Deutschland. Dauert die Einwanderung von Japanern in dem gegenwärtigen Umfange an, so ist Hawaii in kurzer Zeit der Nationalität nach eine japanische Insel. Die 28 500 Weißen werden daran nicht viel ändern. Besonders fürchtet man die Japaner, die als Soldaten der mandchurischen Armee entlassen werden; es kommen dabei politische Rücksichten in Betracht, die wir später zu berühren haben werden.

Nirgends hat man alles dies lebhafter vor Augen als in Kalifornien. In San Francisco weiß man selber, was die japanische Einwanderung zu bedeuten hat. Wohl sind die neuen Ostasiaten von der ersten Serie, der chinesischen, zu unterscheiden. Sie stehen ausgesprochen höher als diese. Aber auch sie sind anspruchlose Leute ohne große Körperkraft, sie erobern sich Terrain durch Schlaueit, Anstelligkeit und Genügsamkeit. In schweren Arbeiten können sie mit Weißen nicht konkurrieren, als Kleinarbeiter, Feinarbeiter, Händler usw. sehr wohl. Man erwartet jetzt einen förmlichen Ansturm japanischer Einwanderung. Denn das Volk, das eine vielgefürchtete europäische Großmacht besiegt hat, ist

zu einem ausgesprochenen Selbstgefühl gekommen. Es ist sich seiner Kulturfortschritte und seines politischen Ranges sehr wohl bewußt. Die Amerikaner erwarten eine Einwanderungsflut als unabwendbar, weil Japan in der Notwendigkeit sei, für seine zu groß gewordene Bevölkerung Unterkommen zu suchen. In der Tat, das ist eine sehr ernste Seite der Sache. Japan ist ein überbevölkertes Land. Wir haben schon erwähnt, daß es mit 114 Einwohnern auf dem Quadratkilometer bevölkert ist als Deutschland. In den Durchschnitt eingerechnet ist Hokkaido, die Nordinsel, mit nur 6,5 Einwohnern auf dem Quadratkilometer; dagegen Nippon, die Hauptinsel, mit 146,8, Schikoku mit 166,7 und Kiu-Schiu mit 154,8, also der zivilisierte Teil des Landes ist stark überbevölkert. Sogar Formosa hat 77,0. Nun hat Japan Korea gewonnen, das fast ebenso groß ist wie die Hauptinsel Nippon, aber auch schon mit 9,7 Millionen Seelen (44 auf dem Quadratkilometer) bevölkert ist. Das gibt der notwendigen Massenauswanderung noch nicht Raum genug. Es heißt also: auf nach den andern Küsten des Großen Ozeans, nach den noch so wenig bevölkerten! Hier stellen sich nur die drei amerikanischen Weststaaten dar:

	1900	Quadratkilometer	Bevölkerung	auf den Quadratkilometer	darunter Japaner
Kalifornien . . .	410140		1485000	3,6	10151
Oregon . . .	248710		414000	1,7	2501
Washington . . .	179170		518000	2,8	5617
	838020		2417000	2,9	18269

Noch ist also der japanische Teil der angloamerikanischen Bevölkerung dort ganz winzig; er ist noch nicht ein Hundertstel des Ganzen. Aber man muß berücksichtigen, daß die Gesamtbevölkerung noch außerordentlich dünn ist. Die drei Staaten sind zusammen mehr als anderthalbmal so groß als Deutschland und haben nur $2\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner. Dagegen sitzt jenseits des Großen Ozeans ein Volk, dem die Heimat viel zu eng ist, und das leicht 10 Millionen Seelen abgeben könnte. Und hinter ihm erscheinen die Umrisse des Chinesentums, das, gering gerechnet, 320 Millionen Seelen im eigentlichen China stark ist, das auch allmählich erwacht. Hier das noch fast unbevölkerte Westamerika mit außerordentlichen Reichtümern im Eigentum eines Häufleins Weißer. Dort Ostasien mit 370 bis 380 Millionen schlecht genährter, allzu dicht aufeinander gedrängter Menschen, denen der heimatische Boden nicht mehr das Nötigste bietet, die aber nun durch die Berührung mit der Außenwelt gelernt haben, was für Ansprüche der Mensch an die Erde stellen kann. Der Westamerikaner fühlt instinktiv das Näherrücken der Gefahr. Er hat die Proben davon erhalten. Faßt man das Problem in dieser Tiefe auf, so kann man schwerlich annehmen, daß es schon seine Lösung finden wird, wenn man hier und da einmal einen Ausweg schafft. Es wird noch oft und in mancherlei Gestalt wiederkehren.

Die Kalifornier haben dem Andrängen einen kleinen Damm entgegengesetzt wollen, indem sie die Japaner als Farbige stigmatisieren und sie damit der mächtigen Rassenantipathie aussetzen, von der das ganze nordamerikanische Volk

beherrscht ist. Viel können sie mit solchen Mitteln nicht durchsetzen. Aber schon der Ausschluß aus den für Weiße bestimmten Schulen hat eine ernste Verwicklung geschaffen. Kalifornien hat für die Farbigen besondere Schulen gegründet; es hat in San Francisco sogar eine Schule nur für Japaner, aber natürlich reicht das nicht für die Menge der Kinder, auch ist die Entfernung der verschiedenen Stadtteile zu groß. Wenn die Schulverwaltung auch bereit scheint, deren mehrere herzustellen, so bleibt doch die Tatsache der Rassenherabsetzung übrig. Die japanischen Kinder werden als aufgeweckt und fleißig gerühmt; sie sind kein Hindernis für die Kaukasier. Auch verkehren die Kinder beider Rassen untereinander in bester Eintracht. Trotz alledem hält die Stadtverwaltung an ihrem Entschluß fest: das beste Zeichen, daß der Konflikt tiefer sitzt. Und er hat seine Wurzeln in der Tat noch in ganz andern Dingen.

Japan ist jetzt von allen Mächten in pazifischen Angelegenheiten die hervorragendste. Der Gedanke, dem einst sogar ein so besonnener Mann wie Präsident Roosevelt Ausdruck gab, als er in offizieller Eigenschaft kurz vor Ausbruch des ostasiatischen Krieges die Westküste besuchte, ist vorerst nicht ausführbar. Er bestand darin, daß die Vereinigten Staaten auf dem Stillen Ozean die maßgebende Macht sein sollten. Damals kam Japan noch kaum in Betracht. Jetzt hat es sich zu einer Großmacht aufgeschwungen. Kein andres Land hat im Bereich des Stillen Ozeans eine Landarmee wie Japan. Das nordamerikanische Heer ist verschwindend dagegen. Wichtiger noch ist die Flotte. Die japanische, ohnehin schon durch den langen Krieg mit Rußland zu ganz besonderer Tüchtigkeit gelangt, ist durch eine ganze Anzahl brauchbarer russischer Schiffe verstärkt worden. Ihre Mannschaften haben den kaum auf irgendeiner andern Flotte vorhandenen Kriegsdress, ihre leitenden Offiziere haben sich ausgezeichnet. An nachhaltiger Kraft, die aus dem wirtschaftlichen Reichtum hervorgeht, kann sich Japan nicht mit den Vereinigten Staaten messen. Es leidet unter den Kriegsschulden, die es sich aufgeladen hat; es würde zu einem Kriege mit der Union nicht leicht Anleihen aufnehmen können, während diese geradezu unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung hätte. So wichtig auch dieser Punkt ist, er hebt für den Augenblick den entgegenstehenden nicht auf, daß Japan militärisch und maritim den Amerikanern weit überlegen ist. Wohl arbeiten auch diese an der Schaffung einer starken Flotte; doch auch wenn sie ihr Ziel erreicht haben, können sie mit dieser im Stillen Ozean erst auftreten, wenn der Panamakanal ein rasches Kommen und Gehen aus einem Ozean in den andern zuläßt. Zurzeit sind eben die Machtmittel Japans denen aller andern Nationen überlegen, ausgenommen der englischen Flotte, sofern diese die Hände frei hat, um die etwaige japanische Gegnerin an ihrer Gurgel zu packen. Rußland, Deutschland, Frankreich kommen für Konflikte in jenen Erdteilen nicht in Betracht.

Auch diese Machtfragen drängen sich ebenso wie die Einwanderungsfragen den Kaliforniern zu allererst auf. Die parallele Erscheinung sieht man bei den Australiern. Wie diese unter dem Einfluß der Rassenbewegung und des festen

Entschlusses stehen, sich nicht durch unterbietende Fremde an der Ausnutzung des eignen Bodens stören zu lassen, ist weiter oben kurz berührt worden. Sie wissen aber auch weiter recht wohl, daß Zeiten kommen können, wo die japanische Flotte eine ernste Gefahr für ihre Häfen werden kann. Das gilt vor allem, wenn die sonst unwiderstehliche englische Flotte in den europäischen oder den amerikanischen Gewässern engagiert ist, also nicht herbeieilen kann, um den japanischen Stier bei den Hörnern zu packen. Und auch wenn sie frei ist, gehen immer sechs bis sieben Wochen darüber hin, ehe sie vor Sydney oder vor Yokohama erscheinen kann. Die Australier haben deshalb ein neues Verteidigungssystem aufgestellt. Sie wollen wohl zahlen, verlangen aber dafür, daß das Mutterland, außer den vorhandenen, 3 Kreuzer, 16 Torpedoboote und 15 Torpedobootszerstörer dauernd an ihren Küsten unterhalte. Ein ähnliches System, jedoch in kleinerem Rahmen, besteht schon; es ist darin eingeschlossen, daß die Kolonien die Landbefestigungen für eine Anzahl Häfen bauen und unterhalten, während das Mutterland für Bewaffnung und Besatzung sorgt. Die neuen australischen Forderungen sind von den zuständigen Behörden in London vorläufig abgelehnt worden; diese haben den Standpunkt beibehalten, daß die aggressive Kraft der englischen Flotte ein ausreichender, ja der beste Schutz für die Kolonien sei. Damit stimmt jedoch ein sehr bezeichnender Schritt der britischen Reichsverteidigung nicht überein: die Befestigung von Singapore. Auch hierfür wie für die australischen Pläne wird auf Deutschland und Frankreich exemplifiziert, während es doch auf der Hand liegt, daß sich ein Streit mit diesen in den europäischen Gewässern erledigen müßte. Im Vertrauen leugnet kein Mensch, daß England Singapore befestigt, um gegen einen unerbetnen Besuch der japanischen Flotte in Indien geschützt zu sein. Wenn die junge gelbe Macht einen solchen Wikingerzug unternehmen will, muß sie entweder durch die Straße von Singapore oder die Sundastraße (zwischen Sumatra und Java) fahren. Singapore deckt die eine vollständig und ist selbst für die andre ein guter Fußpunkt. Ein Besuch europäischer Feinde östlich von Indien hätte für diese keinen Zweck, die Befestigung Singapores wäre gegen einen solchen ein ungeeignetes Mittel. Aus dieser Maßregel erkennt man vielmehr das Mißtrauen Englands gegen den Verbündeten. Es ist kein Zweifel, daß man außerordentlich ungern dessen Regimenter in Indien erscheinen sähe, um die Kosaken von Afghanistan, den Pamirs und Persien fernzuhalten. Man fürchtet eine unangenehme Rückwirkung auf die vielen Millionen indischer Untertanen, die jetzt schon leise wahrnehmbar ist. Die Neigung Englands, sich mit Rußland über die asiatischen Streitfragen zu verständigen, hat aus dieser Quelle neue Nahrung gezogen.

Auf die wertvollen holländischen Kolonien braucht man nur einen Blick zu werfen, wenn man erkennen will, daß sie einem japanischen Angriff wehrlos ausgesetzt sind. Ihr Schutz besteht in der hoffentlich einmütigen Überzeugung ganz Europas und Amerikas, daß ein etwaiges japanisches Unternehmen dagegen mit vereinten Kräften abgewehrt werden muß.

Doch wir müssen zu den amerikanisch-japanischen Angelegenheiten zurückkehren. Das Verhalten Kaliforniens gegen die japanischen Schüler hat auch die Regierung zu Tokio tief erbittert. Sie hat sich in Washington darüber beklagt. Das hat den Präsidenten Roosevelt veranlaßt, in seiner Kongreßbotschaft vom 4. Dezember 1906 Stellung zu der Sache zu nehmen. Und zwar hat er das in der leidenschaftlichsten Weise getan und sich zugunsten Japans ausgesprochen. Er hebt die Fortschritte dieses neuen Volkes auf der Bahn der Kultur hervor und nennt sie beispiellos. In einer einzigen Generation habe es so viel nachgeholt, daß es sich mit Recht Schulter an Schulter neben die vorgeschrittensten Kulturvölker Europas und Amerikas stellen könne. Die Vereinigten Staaten sollten alle Einwanderer gerecht und billig behandeln; ob sie Katholiken oder Protestanten, Juden oder Christen seien, aus Japan oder aus Italien, aus England, Deutschland oder aus Rußland kämen, tue nichts zur Sache. Es sollte nicht einem einzelnen Teile des großen amerikanischen Gemeinwesens überlassen sein, es in Frage zu stellen, ob die Vereinigten Staaten ihren Verpflichtungen gegen das Ausland nachkämen oder nicht. Die Bundesmacht sei jetzt unzulänglich. Der Präsident empfiehlt Abänderung, unter andern auch das Recht für die Japaner, sich in den Vereinigten Staaten naturalisieren zu lassen. Was mit Worten aus autoritärem Munde gut gemacht werden kann, ist dadurch geleistet worden. Aber es konnte nicht viel sein. Aus dem Kongreß heraus kam sofort die Antwort in Gestalt eines Antrags von einem Senator für Maryland: der Kongreß wolle erklären, daß der Präsident kein Recht habe, das Schulwesen eines Einzelstaats zum Gegenstande von Verhandlungen mit dem Auslande zu machen. In der Tat, ein solches Recht hat weder der Präsident noch der Kongreß. Die Verfassung ist darüber vollständig klar. Das Schulwesen ist Sache der Einzelstaaten. An eine Verfassungsänderung zu diesem Zweck ist gar nicht zu denken. Nicht nur daß die Zweidrittelmehrheit dafür notwendig wäre: Änderungen an der nahezu für heilig geltenden Verfassung werden kaum jemals vorgenommen werden; das ganze Rassengefühl ist auch lebhaft dagegen. Der Süden sympathisiert ungeteilt mit dem Westen, und auch im Osten ist die Stimmung nichts weniger als geschlossen für Roosevelt. Dieser hat seinen Handelssekretär Metcalf nach San Francisco gesandt, um die dortigen Behörden umzustimmen. Letzterer ist schlechterdings ohne irgendeinen Erfolg zurückgekehrt. Kalifornien will die Japaner nicht.

So steht die Sache also auf dem alten Fleck. Die Japaner sind gereizt und sind zu einem sehr fühlbaren Boykott gegen amerikanische Waren übergegangen, einem viel schärfern, als vor einem Jahre die Chinesen in Shanghai ausübten. Sie haben sich damit Bundesgenossen in den Kreisen der amerikanischen Ausfuhrindustrie erworben. Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist überhaupt nicht einheitlich. Schon die beiden großen Parteien sind im gegenseitigen Gegensatz. Seit sich der republikanische Präsident für die Japaner ausgesprochen hat, sind die Demokraten dagegen. Auf allen Seiten gibt es auch Leute, die von einem baldigen neuen Konflikt nichts wissen wollen. Sie sind

Gegner des Militarismus, weil durch ihn die bürgerliche Freiheit gefährdet werden könne; ein volkstümlicher General könne leicht die republikanischen Institutionen untergraben. Auch liebt man natürlich die riesigen Kosten nicht, die erforderlich wären, um einer Macht wie Japan entgegentreten zu können. Die Flotte leidet unter starkem Mangel an Disziplin, ein ungebührlich großer Teil ihrer Besatzung besteht aus Fremden. Der Zustand von Panzerplatten und Geschützen ist lange nicht über jeden Verdacht erhaben. Präsident Roosevelt ist eigentlich das Haupt der Imperialisten. Wenn er sogar mit einer so ungewöhnlich scharfen Demonstration dem Konflikt vorzubeugen sucht, so wird er außer der Sympathie auch noch sehr greifbare Gründe dafür haben.

Aber auch die Japaner sind nicht zum Konflikt bereit. Die Gründe hat kürzlich der japanische Gesandte in Washington Herr Eki Hiro in einem Vortrag in der National Geographic Society auseinandergesetzt. Er bestritt selbstverständlich, daß sein Vaterland die Philippinen annectieren wolle und die fremdenfeindliche Bewegung in China begünstige; auch leugnete er die Absicht, die Amerikaner vom chinesischen Handel fernzuhalten. Vielmehr rühmte er den moralischen und den materiellen Beistand, den die Vereinigten Staaten wiederholt Japan geleistet hätten. Japan hätte sich durch den Krieg mit Rußland eine Schuldenlast von 960 Millionen Dollars und eine jährliche Zinsenlast von 50 Millionen Dollars aufgehals. Daran habe es schwer zu tragen. Es kenne sehr wohl die ungeheure wirtschaftliche und finanzielle Übermacht der Vereinigten Staaten. Wohl habe Japan eine Armee von 700000 Mann, aber mit dieser einen Krieg gegen Nordamerika zu führen, sei kindisch. Außerdem werde es jetzt Massen davon entlassen. Man könne wirtschaftlich konkurrieren und doch gut Freund sein. Liege es nicht im Interesse Europas und Amerikas, daß Japan der Erzieher Chinas zu höherer Leistungsfähigkeit werde? Japan solle suchen, außer mit England auch mit den Vereinigten Staaten in bestem Einverständnis zu bleiben. Es brauche sich dann um Deutschland, Frankreich, Rußland nicht zu sorgen.

Auf Reden und Gegenreden ist nicht viel Gewicht zu legen. Es ist glaublich genug, daß Japan zurzeit ebenso gern wie die Vereinigten Staaten einen Streit vermeiden möchte. Für beide ist der Einsatz zu hoch. Als Rußland die südibirische Eisenbahn baute, beeilte sich Japan, den Konsequenzen zuvorzukommen. Vielleicht betrachtet es die Herstellung des Panamakanals von einem ähnlichen Standpunkt. Aber auch wenn es das tut, so wird es wohl der Ansicht sein, daß die Zeit noch nicht drängt. Für den Augenblick hätte man nur mit den unerwarteten Ereignissen zu rechnen; diese könnten die Entwicklung der Dinge beschleunigen, aber sie sind eben völlig unberechenbar.

